

## 53357-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Landschaftsgestaltung – Gemeinde Kurort Jonsdorf, Neubau GTA-Naturparkgrundschule, Freianlagenplanung HOAI § 38 ff.

OJ S 17/2025 24/01/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

### 1. Beschaffer

---

#### 1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Kurort Jonsdorf

E-Mail: [herberg@olbersdorf.de](mailto:herberg@olbersdorf.de)

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

### 2. Verfahren

---

#### 2.1. Verfahren

Titel: Gemeinde Kurort Jonsdorf, Neubau GTA-Naturparkgrundschule, Freianlagenplanung HOAI § 38 ff.

Beschreibung: Gemeinde Kurort Jonsdorf, Neubau GTA-Naturparkgrundschule, Freianlagenplanung HOAI § 38 ff.

Kennung des Verfahrens: 0193f8f6-2ef6-413a-904c-9c80906fbc7a

Interne Kennung: JON-05-FPL

Verfahrensart: Offenes Verfahren

##### 2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71420000 Landschaftsgestaltung

##### 2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Am Hieronymus 5

Stadt: Kurort Jonsdorf

Postleitzahl: 02796

Land, Gliederung (NUTS): Görlitz (DED2D)

Land: Deutschland

##### 2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 111 000,00 EUR

##### 2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1) Kurze Aufgabenbeschreibung: Die bestehende einzügige Grundschule mit z. Zt. 90 Schülern im Kurort Jonsdorf, Am Hieronymus 5, besteht aus einem 4geschossigen Gebäude in Plattenbauweise, einer separaten Turnhalle und einem Sportplatz. Das Gelände befindet sich im Naturpark Zittauer Gebirge, im Landschaftsschutzgebiet, grenzt unmittelbar an den Außenbereich mit Waldflächen an und liegt im Hochwasserentstehungsgebiet. Über die Anliegerstraße „Am Hieronymus“ wird das Areal erschlossen. Eine Haltestelle für den Schulbus ist vorhanden, ebenso die Anbindungen der Medienleitungen Trinkwasser, Abwasser, Strom, Gas und Telekommunikation. Aufgrund des

baulichen Zustandes der Gebäude erfolgt deren Rückbau, beginnend mit der Turnhalle als erster Maßnahme. Danach erfolgt an dieser Stelle der erste Bauabschnitt des Schulneubaus. Nachdem die Nutzung der bestehenden Schule dann aufgegeben werden kann erfolgt deren Umzug in die neue Schule. Im nächsten Abschnitt erfolgt der zweite Bauabschnitt des Schulneubaus und der Rückbau der bestehenden Schule. Gegenstand dieser Ausschreibung sind die Planungsleistungen für die Errichtung des Schulneubaus in zwei Abschnitten. Geplant ist die Errichtung einer modernen Ganztagschule als eingeschossiges Bauwerk mit integriertem Turnraum für die Klassen 1 bis 4. Der Turnraum wird für Schulsport, Ganztagsangebote und Hort genutzt. Die Grundschule wird für einen generationsübergreifenden Unterricht konzipiert. Es soll das Konzept einer Naturparkschule in Anlehnung an die bundesweiten „Naturparke Deutschland“ umgesetzt werden. Die Gemeinde Kurort Jonsdorf ist Mitgliedsgemeinde im Naturpark Zittauer Gebirge. Die neue Ganztagschule wird die erste Naturparkschule im Freistaat Sachsen. Die exponierte Lage mit allseitiger Umgrenzung vom Wald des Landschaftsschutzgebietes Zittauer Gebirge begünstigt die pädagogische Umsetzung. Für das Baufeld liegt ein Flächennutzungsplan „Kurort Jonsdorf“ vor mit Ausweisung als Fläche für Gemeinbedarf mit den Anlagen einer Schule sowie einem Sportplatz. Besonderheit ist die unmittelbare Nähe zum Wald. Es wurden im Vorfeld baurechtliche Abstimmungen zum Abriss und Neubau der Schule mit den beteiligten Behörden geführt. Da der in SächsWaldGesetz § 25 vorgeschriebene Waldabstand nicht eingehalten werden kann, wurde ein Waldumwandlungsverfahren beantragt. Ein Austauschflurstück mit Erstaufforstungsantrag wurde bereits genehmigt. In einem Teilbereich der Fläche sind Altlasten und Auffüllungen bis ca. 6 m Tiefe vorhanden. Die Schadstoffuntersuchung ergab, dass in einem Teilbereich der Gebäudegründung Bodenaustausch erforderlich wird. Es liegt ein Fördermittelbescheid der SAB vor. Geplanter zeitlicher Ablauf: 01/04/25 Abbruch vorhandene Turnhalle; 01/06/25 Baubeginn 1. BA Grundschultrakt; 31/05/26 Fertigstellung 1. BA; 01/06/26 Abriss altes Schulgebäude; 31/07/26 Baubeginn 2. BA GTA mit Turnraum; Rohbau vor dem Winter, Innenausbau über den Winter; 31/05/27 Fertigstellung 2. BA Bauwerk, Restleistungen Außenbereiche; 30/06/27 Fertigstellung, Abrechnung. 01/02/25 Planungsbeginn. Für die Maßnahme liegen folgende Untersuchungen, Gutachten und Planungsleistungen bereits vor: Objektplanung Gebäude und Innenräume HOAI § 33 ff. Lph.3, Planung Freianlagen HOAI § 38 ff. Lph.3, Tragwerksplanung HOAI § 49 ff. Lph.3, Planung Technische Ausrüstung HLS HOAI § 53 ff. Lph.3, Planung Technische Ausrüstung ELT HOAI § 53 ff. Lph.3, Baugrundgutachten, Altlastengutachten, Raumakustikgutachten, Verträglichkeitsuntersuchung Waldumwandlung, Artenschutzfachliche Vorerfassung. 2) Einzuzureichende Unterlagen für die Angebotsabgabe: A) Antragsbogen Seiten „Ab01“ bis „Ab08“ (mit grüner Kopfzeile), unterzeichnet und ergänzt um die darin aufgeführten Dokumente. B) Honorarblatt „Ab09“ (mit blauer Kopfzeile). C) Ausführungen zu den Zuschlagskriterien (1) bis (3) - formlos — siehe hierzu Blatt „Ab11“ (mit roter Kopfzeile). D) Vertragsentwurf unterzeichnet. Die Seiten „Ab10“ bis „Ab12“ (mit roten Kopfzeilen) sind zur Information beigefügt und müssen nicht mit abgegeben werden. 3) Der Auftraggeber stellt mit den Vergabeunterlagen einen Vertragsentwurf zur Verfügung, dem die Einzelheiten und die Zahlungsbedingungen, etc., entnommen werden können. Die Bestimmungen dieses Vertragsentwurfes sind bindend, sofern einzelne Regelungen in dem Verhandlungsverfahren nicht abweichend von dem Vertragsentwurf vereinbart werden. Es ist den Bietern jedoch nicht gestattet, einseitig Änderungen an dem Vertragsentwurf vorzunehmen. Die in dem Vertragsentwurf noch offenen Punkte werden anhand des Angebots des Zuschlagsbieters und der Vertragsverhandlungsergebnisse vom Auftraggeber ergänzt. Angaben zum Honorarangebot sind ausschließlich im Honorarblatt, nicht im Vertragsentwurf, vorzunehmen. 4) Mit Urteil vom 4. Juli 2019 hat der EuGH im Vertragsverletzungsverfahren um die HOAI abschließend entschieden, dass die in der HOAI festgelegten Mindest- und

Höchstsätze europarechtswidrig sind. Sofern im gegenständlichen VgV auf die HOAI Bezug genommen wird, ergeht der Hinweis dass die Honorartafeln zur Preisorientierung dienen sollen. Es sind auch Angebote rechtlich zulässig, die außerhalb der bisherigen Mindest- und Höchstsatzregelungen liegen. Im Antragsbogen Nr. „IX Honorarblatt“ wird das Honorar der jeweilige Mindestsatz als Basishonorar bezeichnet. 5) Die Vergabe erfolgt ausschließlich elektronisch über die Vergabepattform eVergabe (<https://www.evergabe.de/>). In Papierform oder nicht über die o.g. Vergabepattform eingereichte Angebote sind nicht formgerecht und werden ausgeschlossen. Sämtl. Vergabeunterlagen werden ausschließlich und kostenfrei zum Download bereitgestellt. Es sind die bereitgestellten Formulare zu verwenden, maßgeblich bleibt jedoch der Inhalt der EU-Bekanntmachung. Eine gesonderte Unterschrift sowie eine fortgeschrittene oder qualifizierte Signatur sind für die Bewerbung nicht erforderlich. Nicht fristgerecht eingereichte bzw. schriftliche (in Papierform eingereichte) oder formlose Bewerbungen werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Geforderte Nachweise sind grundsätzlich als Kopie zugelassen, sofern nicht ausdrücklich anders verlangt. Nicht deutschsprachige Nachweise müssen als beglaubigte Übersetzung in Deutsch vorgelegt werden (Mindestanforderung). 6) Mehrfachbewerbungen sind nicht zulässig. Mehrfachangebote sind auch Angebote unterschiedlicher Niederlassungen eines Büros. Mehrfachangebote von Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft bzw. unterschiedlicher Niederlassungen eines Büros u. von Nachauftragnehmern haben das Ausscheiden aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft sowie aller Bewerber mit gleichen Nachauftragnehmern zur Folge (Ausschlusskriterium). 7) Enthalten die Bekanntmachung od. die Vergabeunterlagen Unklarheiten, Widersprüche od. verstoßen diese nach Auffassung des Bewerbers gegen geltendes Recht, so hat der Bewerber den AG unverzüglich in Textform darauf hinzuweisen. Erfolgt dies nicht, ist der Bewerber mit diesen Einwendungen präkludiert.

**Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

**2.1.6. Ausschlussgründe**

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Siehe §123, 124 GWB

## 5. Los

---

**5.1. Los: LOT-0001**

Titel: Gemeinde Kurort Jonsdorf, Neubau GTA-Naturparkgrundschule, Freianlagenplanung HOAI § 38 ff. i.V.m. Anlage 11, Lph. 4-9

Beschreibung: Gemeinde Kurort Jonsdorf, Neubau GTA-Naturparkgrundschule, Freianlagenplanung HOAI § 38 ff. i.V.m. Anlage 11, Lph. 4-9

Interne Kennung: LOT-0001

**5.1.1. Zweck**

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71420000 Landschaftsgestaltung

**Optionen:**

Beschreibung der Optionen: In Abhängigkeit von der Finanzierung

**5.1.2. Erfüllungsort**

Postanschrift: Am Hieronymus 5

Stadt: Kurort Jonsdorf

Postleitzahl: 02796

Land, Gliederung (NUTS): Görlitz (DED2D)

Land: Deutschland

### 5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 17/02/2025

Enddatum der Laufzeit: 30/06/2027

### 5.1.4. Verlängerung

Weitere Informationen zur Verlängerung: Die Beauftragung erfolgt zunächst mit der Stufe 1 mit den Teilleistungen der Leistungsphase 4 nach § 55 HOAI. Es besteht die Option der Beauftragung der Stufe 2 mit den Leistungsphasen 5 bis 7, der Stufe 3 mit der Leistungsphase 8 und der Stufe 4 mit der Leistungsphase 9. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung aller Stufen und Leistungsphasen besteht nicht. Ebenso besteht kein Rechtsanspruch auf Weiterbeauftragung nach Erbringung erster Leistungsphasen.

### 5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 111 000,00 EUR

### 5.1.6. Allgemeine Informationen

#### Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance#

### 5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

### 5.1.8. Zugänglichkeitskriterien

Zugänglichkeitskriterien für Menschen mit Behinderungen wurden berücksichtigt

### 5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 1) Nachweis der beruflichen Befähigung:

Teilnahmeberechtigt ist, wer nach den Gesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung „Architekt/in“ oder „Landschaftsarchitekt/-in“ zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland als solche tätig zu werden. Der Nachweis über Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung des Bewerbers ist durch Eintrag in einem Berufs- oder Handelsregister und/oder ggf. auf andere Weise zur Berufsqualifikation zu erbringen. Ist der Bewerber eine juristische Person, ist dieser nur teilnahmeberechtigt, wenn durch Erklärung des Bewerbers nachgewiesen wird, dass der verantwortliche Berufsangehörige die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt. Bewerber oder verantwortliche Berufsangehörige juristischer Personen, die die entsprechende Berufsbezeichnung nach dem Recht eines anderen Mitgliedsstaates der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum tragen, erfüllen die fachlichen Voraussetzungen dann, a) wenn sie sich dauerhaft im Bundesgebiet d. BRD niedergelassen haben und berechtigt sind, die deutsche Berufsbezeichnung nach den einschlägigen deutschen Fachgesetzen aufgrund einer Gleichstellung mit nach der RL 2005/36/EG (geä. durch RL 2013 /55/EU) zu tragen oder b) wenn sie vorübergehend im Bundesgebiet tätig sind und ihre

Dienstleistungserbringung nach RL 2005/36/EG angezeigt haben. 2) Nachweis der Eintragung in ein Berufsregister: Angabe von Register, Zeitpunkt der Eintragung, Nummer und Vorlage Nachweis wie folgt: Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers u./o. der Mitarbeiter des Unternehmens, insbesondere der für die Dienstleistung verantwortlichen Person durch Nachweis der Berechtigung zur Führung der unter 1) genannten Berufsbezeichnung. 3) Nachweis der Eintragung in ein Handelsregister (bei Eintragungspflicht): Hierzu Angabe von Register, Zeitpunkt der Eintragung, Nr. und Vorlage HR-Auszug. 4) Angaben zur Identität Rechtsform des Unternehmens (Name, Anschrift, Kontaktdaten wie Tel.Nr., Fax Nr., E-Mail, usw.). 5) Erklärung, ob Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen und ob er selbst bzw. ein nach Satzung oder Gesetz für den Bewerber Vertretungsberechtigter in den letzten 2 Jahren: – gem. §21 Abs.1 S.1 o. 2 SchwarzArbG oder – gem. §21 Abs.1 AEntG oder – gem. §19 Abs.1 MiLoG mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2 500 EUR belegt worden ist. Ggf. Angaben zur Selbstreinigung (§125 GWB). 6) Neben Einzelunternehmen sind Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften (BG) zugelassen. Rechtsform von BG: gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter; Abgabe der Erklärung, dass Mitglieder der BG (ARGE) gesamtschuldnerisch haften, auch über die Auflösung der ARGE hinaus. Die BG muss einen bevollmächtigten Vertreter benennen. Der AG behält sich vor, ergänzende Unterlagen abzufordern, welche die Zulässigkeit der Kooperation in Form einer BG (§1 GWB) belegen. Sollte sich im Laufe des Verfahrens eine bestehende BG in ihrer Zusammensetzung verändern oder ein Einzel Bewerber das Verfahren in BG fortsetzen wollen, ist dies nur mit schriftlicher Einwilligung des AG zulässig. Diese wird nicht erteilt, wenn durch die Veränderung der Wettbewerb wesentlich beeinträchtigt wird oder die Veränderung Auswirkungen auf Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit hat. Bei Bewerbergemeinschaften ist der Antragsbogen gemeinsam ausgefüllt und unterschrieben, sowie um die geforderten Nachweise ergänzt, den Unterlagen beizufügen. Die gestellten Anforderungen an die Fachkunde und Leistungsfähigkeit gelten als erfüllt, wenn die betreffenden Nachweise von einem oder mehreren Mitgliedsunternehmen erbracht werden und in ihrer Summe die gestellten Anforderungen erfüllen. Ausgenommen davon sind der zuführende Negativnachweis bezüglich der Ausschlussgründe gem. §§ 123, 124 GWB, der Nachweis zu Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung sowie der Nachweis zur Berufshaftpflichtversicherung. Diese Anforderungen sind von jedem Mitgliedsunternehmen einzeln zu erfüllen.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die nachfolgend aufgeführten Eigenerklärungen /Nachweise sind mit dem Teilnahmeantrag bzw. Angebot einzureichen - dafür sind die beigefügten Formblätter zu nutzen, entsprechende Einträge darin vorzunehmen und um die dort aufgeführten beizufügenden Dokumente zu ergänzen: 1) Erklärung zum Verpflichtungsgesetz: Erklärung, dass die am Auftrag beteiligten Mitarbeiter bereit sein werden, sich nach dem Verpflichtungsgesetz (VerpflG) verpflichten zu lassen. 2) Erklärung gemäß § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG): Hiermit erkläre(n) ich/wir, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 MiLoG nicht vorliegen und dass ich /wir nicht wegen eines Verstoßes gegen § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens EUR 2.500,00 belegt worden bin/sind. Ich/Wir habe(n) zur Kenntnis genommen, dass auch im Falle der vorstehenden Erklärung öffentliche Auftraggeber jederzeit zusätzlich Auskünfte des Gewerbezentralregisters nach § 150a Gewerbeordnung in der aktuell gültigen Fassung anfordern können. 3) Rechtlich und wirtschaftliche Verknüpfungen: Erklärung, über das Bestehen von rechtlich und wirtschaftlichen Verknüpfungen zu anderen Unternehmen mit

Angabe, ob wirtschaftliche Verknüpfungen vorliegen, unter Benennung der Unternehmen und Beschreibung zur Art und Weise der Verknüpfung. 4) Unabhängigkeit von Ausführungs- und Lieferinteressen: Erklärung, dass der Auftrag unabhängig von anderen Ausführungs- und Lieferinteressen ausgeführt wird. 5) Nachweis Berufshaftpflichtversicherung: Es ist eine Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen für Personenschäden von 1.500.000 EUR für sonstige Schäden von 800.000 EUR bei einem, in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens vor Vertragsschluss abzuschließen und nachzuweisen. Die Berufshaftpflichtversicherung muss während der gesamten Vertragszeit unterhalten und nachgewiesen werden. Es ist zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der Deckungssumme beträgt. Die geforderte Sicherheit kann auch durch eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erfüllt werden, mit der dieses den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (also ohne Unterscheidung nach Sach- und Personenschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall nebeneinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. 6) Spezifischer Jahresumsatz: Es ist der („spezifische“) Jahresumsatz des Unternehmens in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags in den letzten 3 Geschäftsjahren in Summe in Euro brutto anzugeben. Es wird als Mindestforderung ein durchschnittlicher Jahresumsatz gefordert von: 100.000 EUR/brutto.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 1) Geeignete Referenzen: Es sind Referenzen vorzustellen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Zum Nachweis der Erfahrungen bei vergleichbaren Planungsleistungen werden Referenzen gefordert, die nachfolgende Anforderungen erfüllen müssen. A) Beginn der Erbringung der Planungsleistungen: nach dem 01.01.2015, Mindestanforderung an jede Referenz. B) Spätester Zeitpunkt der Objektfertigstellung: Zeitpunkt der Bewerbung, Mindestanforderung an jede Referenz. C) Fachgebiet für alle Referenzobjekte der Freianlagenplanung HOAI § 38 ff., Mindestanforderung an jede Referenz. D) Neubau von Objekten nach Bauwerkszuordnungskatalog: 2000 Wissenschaftliche Lehre und Forschung oder 4000 Bildung und Kultur. Eine Referenz - Mindestanforderung. E) Objekte mit vollständig erbrachten Leistungsphasen mind. 4 bis 8. Eine Referenz - Mindestanforderung. F) Objekte mit Honorarzone  $\geq$  III (drei). Eine Referenz - Mindestanforderung. G) Objekte mit Bauwerkskosten DIN 276 KGR 500  $\geq$  0,25 Mio Euro/Brutto. Eine Referenz - Mindestanforderung. 2) Eignungsleihe: Erklärung, ob das Unternehmen zur Erfüllung der Eignungskriterien der Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt (Eignungsleihe gem. § 47 VgV); hierzu Angabe von Name und der in Anspruch genommenen Kapazität sowie Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens. Gemäß § 47 (3) VgV verlangt der Auftraggeber eine gemeinsame Haftung des Bewerbers. Des Weiteren verlangt der AG die Auftragsausführung des anderen Unternehmens für Leistungen entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe. Neben dem eigenen Antragsbogen ist jeweils ein separater Antragsbogen für jedes einzelne der in Anspruch genommenen Unternehmen zu übermitteln. 3) Unterauftragsvergabe: Erklärung, ob das Unternehmen beabsichtigt einen Teil des Auftrags im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte weiterzugeben (Unterauftragsvergabe § 36 VgV); hierzu Bezeichnung der betroffenen Leistung (Art, Umfang) und Name und Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens. Es ist eine Eigenerklärung des Unterauftragnehmers beizufügen,

woraus hervorgeht, das im Auftragsfall die technischen, personellen und finanziellen Mittel zur vertragsgerechten Erbringung der Leistung zur Verfügung stehen werden. Nachweise zur Eignung der Dritten müssen mit dem Angebot zum Einreichungstermin vorgelegt werden. Es sind Erklärungen beizufügen, dass keine Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB sowie § 124 Abs. 1 GWB vorliegen und eine Eigenerklärung des Unterauftragnehmers, dass im Auftragsfall die technischen, personellen und finanziellen Mittel zur vertragsgerechten Erbringung der Leistung zur Verfügung stehen werden.

**Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:**

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

**5.1.10. Zuschlagskriterien**

**Kriterium:**

Art: Qualität

Beschreibung: Analyse der Aufgabenstellung und Projektanforderungen

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, Mittelwert)

Zuschlagskriterium — Zahl: 25

**Kriterium:**

Art: Qualität

Beschreibung: Projektabwicklung

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, Mittelwert)

Zuschlagskriterium — Zahl: 25

**Kriterium:**

Art: Qualität

Beschreibung: Organisation, Qualifikation und Erfahrung - Personal

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, Mittelwert)

Zuschlagskriterium — Zahl: 25

**Kriterium:**

Art: Qualität

Beschreibung: Verfügbarkeit, Präsenz

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, Mittelwert)

Zuschlagskriterium — Zahl: 5

**Kriterium:**

Art: Preis

Beschreibung: Angebotsvergleichshonorar

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, Mittelwert)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

**5.1.11. Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe.de/unterlagen/0193f8f6-2ef6-413a-904c-9c80906fbc7a/zustellweg-auswaehlen>

**5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**

**Bedingungen für die Einreichung:**

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe.de/unterlagen/0193f8f6-2ef6-413a-904c-9c80906fbc7a/zustellweg-auswaehlen>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 28/01/2025 23:59:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 2 Monate

**Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:**

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Gemäß VgV § 56 Abs. 3 ist die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ausgeschlossen. Dies betrifft alle geforderten Angaben zu den Zuschlagskriterien. Wenn nach VgV § 57 (1) 5. das Angebot nicht alle erforderlichen Preisangaben enthält und es sich nicht um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern würden, wird das Angebot ausgeschlossen.

**Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:**

Eröffnungstermin: 29/01/2025 10:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

**Auftragsbedingungen:**

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Es ist eine Geheimhaltungsvereinbarung erforderlich: nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

**5.1.15. Techniken**

**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

**Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:**

Kein dynamisches Beschaffungssystem

**5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe. Der Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Gemeinde Kurort Jonsdorf

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Gemeinde Kurort Jonsdorf

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

## 8. Organisationen

---

### 8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Kurort Jonsdorf

Registrierungsnummer: keine Angabe

Postanschrift: Auf der Heide 1

Stadt: Kurort Jonsdorf

Postleitzahl: 02796

Land, Gliederung (NUTS): Görlitz (DED2D)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Bauamt

E-Mail: [herberg@olbersdorf.de](mailto:herberg@olbersdorf.de)

Telefon: +49 3583 698532

Fax: +49 3583 698539

Internetadresse: <https://www.olbersdorf.de/de/>

Profil des Erwerbers: <https://www.olbersdorf.de/de/>

#### **Rollen dieser Organisation:**

Beschaffer

Federführendes Mitglied

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

### 8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen

Registrierungsnummer: keine Angabe

Postanschrift: Braustraße 2

Stadt: Leipzig

Postleitzahl: 04107

Land, Gliederung (NUTS): Leipzig, Kreisfreie Stadt (DED51)

Land: Deutschland

Kontaktperson: [vergabekammer@lds.sachsen.de](mailto:vergabekammer@lds.sachsen.de)

E-Mail: [vergabekammer@lds.sachsen.de](mailto:vergabekammer@lds.sachsen.de)

Telefon: +49 3419770

Fax: +49 3419771049

Internetadresse: <https://www.lds.sachsen.de>

#### **Rollen dieser Organisation:**

Überprüfungsstelle

### 8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: [noreply.esender\\_hub@bescha.bund.de](mailto:noreply.esender_hub@bescha.bund.de)

Telefon: +49228996100

#### **Rollen dieser Organisation:**

## 10. Änderung

---

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

019444eb-8e2b-4d0d-8426-d13ba92cef0c-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Korrektur – Beschaffer

Beschreibung

:

1.) Senkung der Anforderung an Referenzkriterium G) Kosten DIN 276 KGR 500 auf  $\geq 0,25$  Mio EUR Brutto. 2.) Korrektur der anrechenbaren Kosten für das Honorarangebot. 3.) Verlängerung der Angebotsfrist.

### 10.1. Änderung

Abschnittskennung: LOT-0001

## Informationen zur Bekanntmachung

---

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 019492f8-6b70-4a81-a877-131b535faca4 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 23/01/2025 12:53:06 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 53357-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 17/2025

Datum der Veröffentlichung: 24/01/2025